Dresdner Volks[illegible]ung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268, Kaden & Comp. — Organ für das [illegible] werktätige [illegible]

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshau[illegible] Dresden

[illegible]nten: Sächsische Staatsbank, [illegible]rsden, Bank d. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, AG., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf [illegible] des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.80 M. zuzügl. 40 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.80 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 M., abzüglich Preissenkung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefwiederleg. 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 66 | Dresden, Freitag, den 18. März 1932 | 43. Jahrgang

Heute: Bührer-Skandal Seite 5

Der Schlag gegen die Putschisten

Die Preußenregierung enthüllt das Bürgerkriegsspiel der Hitler-Banden

Größenwahn und Terror

Amtlich wird von der preußischen Regierung mitgeteilt:

Die polizeilichen Feststellungen im Gesamtgebiet des Freistaates Preußen haben ergeben, daß am Wahltage die sogenannten SA.-Formationen der NSDAP. in Alarmbereitschaft standen. Die Anordnung dieser Maßnahmen war von der Münchner Befehlsstelle ergangen. Es kann nicht die Aufgabe der preußischen Behörden sein, sich mit dieser Befehlsstelle über die Gründe der „Alarm"anordnung auseinanderzusetzen. Denn es kommt weniger darauf an, ob für die Maßnahme „legale" Motive oder illegale Absichten maßgebend waren, als vielmehr darauf, daß viele Gruppen der NSDAP. im Lande bei der Durchführung des „Alarms" sich schon

auf gewaltsame Auseinandersetzungen einrichteten.

Es ist auch belanglos, ob die Leitung der NSDAP. die Vorbereitungen ihrer Parteibezirke zum Bürgerkrieg offiziell billigt oder verleugnet. Die vielfachen Feststellungen der Polizei in fast allen Gebieten des preußischen Ostens und Nordens lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß „System" in den Vorbereitungen lag und mit dem Temperament einzelner örtlicher Führer nicht erklärt werden kann. Sie waren auch nicht erst am Tage der Präsidentenwahl angeordnet, sondern schon vor längerer Zeit getroffen. Bringt man sie mit den prahlerischen Reden der NSDAP.-Führer vor der Präsidentenwahl in Verbindung, dann gewinnt man den Eindruck, daß mindestens viele Gruppen und Unterführer der SA. ernsthafte Gewaltmaßregeln ins Auge gefaßt haben.

Der Minister des Innern begründet sein Vorgehen mit zahlreichen Flugblättern und zahlreichen Waffenfunden. Eine Rolle spielen ferner ein „Alarmbefehl" der Standarte 149 in Schneidemühl, der für den Fall innerpolitischer Auseinandersetzungen ausgearbeitet worden war, und weitere „Alarmbefehle", die in Berlin gefunden worden sind und für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl auf

eine Zernierung von Groß-Berlin

abgezielt haben sollen. In einem Rundschreiben des nationalsozialistischen „Inspekteurs der Motorstürme" wird als Stichwort für die etwaige Einrichtung eines Relaisdienstes angegeben: „Großmutter gestorben, Max."

Die amtliche Erklärung schließt wie folgt: Das sind schlechthin

Vorbereitungen und Rüstungen für den Bürgerkrieg,

die von dem Vorwand, nur für Unruhen von kommunistischer Seite zu gelten, nicht gedeckt werden. Sie sind ein frivoles Spiel mit dem Feuer, dem die preußische Staatsregierung nicht länger zusehen wird. Eidliche Versicherungen auf die Legalität der nationalsozialistischen Organisationen können die preußischen Verwaltungsbehörden nur dann respektieren, wenn die Praxis der NSDAP. mit den Eiden der Führer im Einklang steht. Die preußische Regierung ist jedenfalls nicht gesonnen, sehenden Auges eine Armee ausrüsten zu lassen, die nicht nur auf eine Herabminderung der Staatsautorität hinausläuft, sondern auch ein ständiges Element der Beunruhigung sein muß.

* * *

Wo bleibt die Reichsregierung?

Der preußische Minister des Innern hat die Konsequenzen aus **den offenkundigen Putschplänen der Nationalsozialisten gezogen.** Am Donnerstag vormittag sind in allen Gaugeschäftsstellen der NSDAP. sowie bei allen SA.-Standarten in Preußen polizeiliche Haussuchungen vorgenommen worden.

Am Wahlsonntag kamen von allen Seiten Nachrichten über schwere Ausschreitungen der Nationalsozialisten. **Bewaffnete SA.-Banden wurden zusammengezogen, sie marschierten in geschlossenen Formationen, besetzten Straßen und Ortschaften, sie fühlten sich bereits als Träger der öffentlichen Macht und warteten nur auf den Augenblick des Abfahrens.** Es war so, als ob die verfassungsmäßigen Gewalten nicht mehr existierten und die Gesetze ungültig geworden wären. Eine Menge von Waffen sind am Wahlsonntag ans Tageslicht gekommen.

Eine schwere Bedrohung der gesamten Bevölkerung durch die bewaffneten Hitler-Banden war unverkennbar.

Die Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler ist nicht nur da, **sie will auch aktiv werden, sie will das Chaos.** Weder ihre Existenz noch ihre Betätigung, noch ihre Pläne sind mit den bestehenden Gesetzen und der staatlichen Ordnung vereinbar. Daraus die Konsequenzen zu ziehen, ist Sache des Reiches, denn die Stellungnahme dazu birgt eine hochpolitische Entscheidung in sich.

Der preußischen Regierung aber als der Regierung des größten Landes erwächst die Pflicht, alle polizeilichen Mittel einzusetzen, um die ständige Bedrohung der Bevölkerung mit dem Bürgerkrieg abzuwenden, um die Bewaffnung der Hitlerschen Bürgerkriegsarmee, ihre Sammlung und ihre Mobilmachungspläne zu durchkreuzen. Man hat mit Rücksicht auf die Wahl sehr langmütig diesem Treiben zugesehen, viel zu langmütig. Denn das Material, das die preußische Regierung zur Begründung ihres Schrittes vorlegt — und es ist nur ein Ausschnitt aus dem umfangreichen Material —, zeigt deutlich genug,

wie nahe heran an das Losbrechen des Bürgerkrieges die Dinge bereits gediehen waren.

Namentlich auf dem flachen Lande, im Norden, Osten und Südosten Preußens ist bereits vollständige Unsicherheit eingetreten, so daß für einzelne Landkreise die Frage aufgeworfen werden mußte, ob es noch staatliche Behörden gibt, oder ob tatsächlich schon ein Zustand der Rechtlosigkeit und Schutzlosigkeit eingetreten sei, bei dem die braunen Bürgerkriegs- und Mörderbanden machen können, was sie wollen.

Das von der preußischen Regierung vorgelegte Material beweist deutlich, daß

für die Wahlnacht ein großangelegter Staatsstreichsplan mit Hilfe der SA. bestand.

Es war die Pflicht der preußischen Regierung, angesichts des ihr vorliegenden überwältigenden Materials zuzugreifen und in die Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten hineinzustoßen. **Die Bürgerkriegstreiber müssen wissen, daß** wenigstens in Preußen die staatlichen Behörden auf der Hut sind und daß die Faust des Staates Putschisten und Hochverrätern im Nacken sitzt! Nachdem sich die braunen Bürgerkriegsbanden in den Tagen um den 13. März herum so weitgehend demaskiert haben, liegen die Dinge vollständig klar. Alle Versuche, nach Boxheimer Muster diese Bürgerkriegsvorbereitungen als „Abwehrmaßnahmen" zu tarnen, sind zu lächerlich, als daß darüber noch geredet zu werden brauchte. Die Großmäuligkeit der nationalsozialistischen Führer vor der Wahl, ihre offene Erklärung, daß sie

um Sein oder Nichtsein würfeln wollten, ist Beweis genug dafür, daß diese Bürgerkriegsvorbereitungen offensiv gedacht und offensiv angelegt waren.

Wer aber gar den Versuch unternimmt, einen Staatsstreich der SA. für den Fall eines Wahlsieges Hitlers bei der Präsidentschaftswahl als „legalen Schutz des Volkswillens" zu verteidigen, der legt nur ein unvermutetes Geständnis der verfassungsfeindlichen Staatsstreichabsichten der Nationalsozialisten ab!

Die Dinge, die jetzt ans Tageslicht gekommen sind, schaffen nicht nur Klarheit über hochverräterische Pläne der Nationalsozialisten, sondern auch darüber, **daß die sogenannte nationale Haltung der Hitler-Partei ein aufgelegter Schwindel ist.** Es handelt sich dabei nicht nur um die Erklärungen, die Herr Hitler dem amerikanischen Pressevertreter, Herrn Knickerbocker, über den Vertrag von Versailles abgegeben hat, es handelt sich vielmehr vor allem um die praktische Haltung und um die Pläne der Nationalsozialisten, namentlich im Osten Deutschlands. In ihren Plänen gibt es Punkte, die nicht nur mit nationaler Gesinnung nichts zu tun haben, die vielmehr einem

empörenden glatten Landesverrat

gleichkommen. Vor nicht allzulanger Zeit wurde in dem Blatte des Herrn Goebbels, im Angriff, in provokatorischer Form eine Anfrage des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Lohse abgedruckt, deren einziger Zweck nur ein dreister Erpressungsversuch sein konnte: wenn ihr uns nicht gewähren laßt, so werden wir öffentlich von den Dingen reden, die wir erfahren haben, weil ihr uns auf Grund unseres nationalistischen Geschreis für Leute von nationaler Gesinnung gehalten habt! Es wird jetzt gründlich klar, daß das nationale Getue der Hitler-Partei und ihrer Bürgerkriegsarmee lediglich der

Maskierung der offenkundigen Bürgerkriegspläne

dienen sollte. Es ist höchste Zeit, daß dagegen eingeschritten und zugefaßt wird.

Das Land Preußen hat im Rahmen seiner polizeilichen Befugnisse und in Verfolg seiner Pflicht gegenüber dem Gesetz Maßnahmen gegen die Bedrohung der Bevölkerung durch die nationalsozialistischen Bürgerkriegsvorbereitungen getroffen. Und nun erhebt sich die dringendste Frage:

Will das Reich ruhig zusehen, wie in der schamlosesten Weise — so zum Beispiel in Braunschweig — der Bürgerkrieg von der braunen Armee offensiv vorbereitet wird?

* * *

Der Schwindel mit der „Abwehr"

Hitler beschuldigt die Reichsregierung

D. Berlin, 18. März. (Eig. Funk.) Der belastete Hitler erläßt gegenüber der Polizeiaktion Severings eine freche Erklärung, worin er von einem „Verhaftungs- und Beschlagnahmerummel" und von „Verfassungsbrüchen des herrschenden Systems" spricht. Die Konzentrierung der SA. sei erfolgt, um „bei der gesteigerten Hetzkampagne ihrer Gegner das wehrlose Abschlachten einzelner auf der Straße gehender SA.- und SS.-Männer durch die Genossen der Partei des Herrn Ministers Severing, des Reichsbanners, der Eisernen Front und auch der ihnen wesens- und wahlverwandten Kommune zu verhindern."

Natürlich! Selbstverständlich! Diese feige Ausrede wußte man voraus. Die Nazis haben bisher immer nur „aus Abwehr" überfallen und gemordet. Das haben sie von Anfang an getan. Erzberger, Rathenau, Gareis und Hunderte anderer republikanischer Vertreter und Kämpfer sind immer nur „in Abwehr" gemordet und abgeschlachtet worden.

Herr Groener war interniert?

Ferner behauptet Hitler: „Von der geplanten Zusammenhaltung der SA.- und SS.-Männer in ihren Vereinslokalen wurde, um von mir vorausgesehenen Manövern amtlicher und nichtamtlicher Stellen beigelegt vorzubeugen, in meinem Auftrag das Reichsinnenministerium durch meinen Stabschef in Kenntnis gesetzt. Stabschef Röhm teilte diese beabsichtigten Maßnahmen dem Vertreter des Reichsinnenministeriums eine Woche vorher amtlich mit. Ein Einspruch dagegen wurde nicht erhoben."

Eine Äußerung der amtlichen Stellen zu dieser merkwürdigen Erklärung liegt bis jetzt noch nicht vor.

*

In Schlesien war alles bereit!

S. Breslau, 17. März (Eig. Drahtb.)

Vertrauliche Berichte, die in den letzten Tagen in Breslau bei den provinziellen Zentralleitungen der in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Kampfverbände eingelaufen sind, lassen erkennen, daß die Nationalsozialisten am vergangenen Sonntag für den Fall eines Wahlsieges ihres Führers umfangreiche Vorkehrungen zum Zwecke eines

gewaltsamen Auftretens gegen die Staatsbehörden

getroffen hatten. In sämtlichen Kreisstädten und anderen größeren Ortschaften der Provinz Niederschlesien lagen die SA.-Formationen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19320318/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG